



Bittere Gefühle in Berlin

Folgen der Rede Helds

Berlin, 2. November. **ENB.** meldet: Die am Montag abend in Stuttgart gehaltene Rede des bayerischen Ministerpräsidenten findet in Berliner politischen Kreisen lebhaften Widerhall. Eine amtliche Antwort wird aber nicht erfolgen. Als Begründung dafür wird angegeben, daß man es vermeiden möchte, auf die ungewöhnliche Tonart zu erwidern, in der der bayerische Ministerpräsident die Reichsregierung und ihre Maßnahmen angegriffen hat. Es erscheint aber nicht als ausgeschlossen, daß die Rede Dr. Helds gewisse Folgen in dem Verhältnis zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung haben wird.

Der Eindruck, den man von der Stuttgarter Rede in Berliner politischen Kreisen hat, ist um so bitterer, als die Reichsregierung immer wieder den größten Wert darauf gelegt hat, die Beziehung zu Bayern als dem zweitgrößten deutschen Land so eng wie möglich zu knüpfen und den bayerischen Auffassungen und Wünschen sunstlich entgegenzukommen. Das ist besonders deutlich bei dem Staatsbesuch des Reichskanzlers in München zum Ausdruck gekommen. Reichskanzler von Papen hat auch gerade von München aus — vor den bayerischen Industriellen — eine seiner wichtigsten Reden gehalten. Die gleiche Verbundenheit mit Bayern kam zum Ausdruck, als Reichsernährungsminister von Braun vor den bayerischen Bauern, ebenfalls in München, das große Agrarprogramm der Reichsregierung entwickelte.

Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß auch der Reichsinnenminister Freiherr von Gaus sein Verständnis gerade für die bayerischen Interessen durch die Bereisung des bayerischen Osthilfegebietes bekundet hat. Die Aufnahme, die alle drei Mitglieder der Reichsregierung nicht nur bei den amtlichen Stellen, sondern besonders herzlich auch in der bayerischen Bevölkerung gefunden haben, hätte nach Auffassung politischer Kreise der Reichshauptstadt eigentlich eine andere Stellungnahme des bayerischen Ministerpräsidenten erwarten lassen. Um so mehr wird es bedauert, wenn die überaus freudige Stellungnahme des Ministerpräsidenten Held in der Zusammenarbeit zwischen Reich und Bayern naturnotwendig ihre Folgen nach sich ziehen muß.

Im Anschluß an die vorstehende Meinung über die Auffassung in Berliner amtlichen Kreisen zu der Stuttgarter Rede des bayerischen Ministerpräsidenten ist von maßgebender bayerischer Seite eine Erklärung veröffentlicht worden, in der u. a. der Satz enthalten ist, die Erbitterung über das Vorgehen der Reichsregierung in Preußen sei deswegen in Bayern am größten, weil es in schärfstem Widerspruch zu den „Versprechungen“ stehe, die der Reichskanzler bei seinem Besuch den bayerischen Regierungsmitgliedern gegeben habe.

Von amtlicher Seite wird dazu mit allem Nachdruck erklärt, daß weder Reichskanzler von Papen bei seinem Besuch in Bayern noch Reichsinnenminister Freiherr von Gaus bei seiner Reise durch die bayerischen Ostgebiete irgendwelche Versprechungen hinsichtlich ihres Verhaltens gegenüber Preußen gegeben haben. Es ist lediglich erklärt worden, daß sich an dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen Reich und Preußen nichts ändern wird. Die neuen Maßnahmen in Preußen halten sich durchaus eng im Rahmen des Leipziger Urteils und ändern nichts an dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen Reich und Preußen.

Blätterstimmen zur Rede Helds

Berlin, 2. Nov. Die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Held in Stuttgart wird von der Presse lebhaft erörtert.

Die **DAZ** begrüßt es, daß die Reichsregierung auf eine Antwort verzichtet, da weitere kriegerische Sonette sehr unzeitmäßig wären. Die sachlichen Meinungsverschiedenheiten über das künftige Verhältnis zwischen Reich und Ländern mögen ausgetragen werden, sobald die Zeit dafür gekommen sei. In Berlin sollte man nichts tun, was die Gegensätze verschärfen könnte. Herrn Held müsse deutlich gesagt werden, daß er mit solchen Reden der Sache Bayern wenig nütze.

Die **Vossische Zeitung** fragt, ob die Reichsregierung wirklich geglaubt habe, daß sie mit ein paar Artigkeiten und freundlichen Worten die sachlichen Gegensätze über die wichtigsten Fragen der Gliederung des Reichs werde überwinden können. Ihr Mißvergnügen über die ablehnende Haltung Dr. Helds und deren Form könne man begreifen, aber nicht ihre Ueberrohung. Liebenswürdigkeit sei eine Tugend, aber noch keine staatsmännische Leistung.

Das **Berliner Tageblatt** meint, man hätte wieder einmal verkannt, daß äußere Freundlichkeiten das süddeutsche Mißtrauen wegen der Antastung der bundesstaatlichen Fundamente des Reichs nicht zu überwinden vermögen. Die beim

Tagespiegel

Reichskanzler v. Papen hielt am Mittwoch dem Herrn Reichspräsidenten Vortrag.

Reichskanzler v. Papen beabsichtigt, wie bereits berichtet, am 18. November der württembergischen Regierung einen Besuch abzustatten. Am folgenden Tag wird er die badische Regierung besuchen und dann an der Einweihung der neuen Rheinbrücke Mannheim—Ludwigshafen teilnehmen.

Der frühere Inlandsreferent der Presseabteilung der Reichsregierung, Dr. Ragenberger, ist zur Disposition gestellt worden.

Gegenüber Behauptungen im Wahlkampf, die Reichsregierung beabsichtige, das Pensionsalter der Beamten auf 60 Jahre herabzusetzen, erklärt das Reichsinnenministerium, daß die Reichsregierung mit derartigen Plänen nicht das geringste zu tun habe und eine weitere Herabsetzung des Pensionsalters keinesfalls in ihrer Absicht liege.

In Bremen wurde am Mittwoch die 10. Jahreshauptversammlung des Reichsverbands deutscher Hotels, Restaurants und verwandter Betriebe eröffnet. Dr. Wagemann-Berlin hielt einen Vortrag über die Konjunktur, ihre Ursachen und Auswirkungen auf das Hotel- und Gaststätten-gewerbe.

Kanzlerbesuch in München angestrebte Verständigung sei in der Hauptsache nicht erreicht.

Der **Volksanzeiger** bezeichnet es als besonders peinlich an den Reden Helds, daß er zunächst nicht richtig über die Absichten der Reichsregierung unterrichtet gewesen sei und dann nicht den Mut gefunden habe, den Fehler einzuzuräumen, den das bayerische Ministerium mit seinem gegenstandslosen Alarm begangen habe.

Der Tag macht Held den Vorwurf, daß er in einer Zeit stärksten Drucks von außen die Rechtmäßigkeit der Reichspolitik leugne. Er mache Parteipolitik und mißbrauche den Reichsgedanken für seine Zwecke.

Die **Börsezeitung** spricht von einer unverständlichen Zurückhaltung der Reichsregierung und meint, daß der unerhörte Vorstoß des bayerischen Ministerpräsidenten eine ganz ungewöhnliche Zurückweisung durch die Reichsregierung in amtlicher Form verdient hätte.

Die bisherige Bilanz des Papenkabinetts

In diesen ersten Novembertagen ist, wie in einer Sonderbeilage des **ENB** ausgeführt wird, die Regierung von Papen 5 Monate im Amt. Der Reichskanzler hat in seiner Rede vor Vertretern des märkischen Handwerks auf einige der wichtigsten Regierungsmassnahmen seines Kabinetts hingewiesen. Eine chronologische Uebersicht über die einzelnen Ereignisse dieses Abschnitts ergibt die folgenden Daten:

2. 6. **Amnsantritt.**
4. 6. In der Regierungserklärung heißt es: „Alle notwendigen grundlegenden Reformen sind stecken geblieben, die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankrott. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte genützt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung aufbauen zu helfen.“
- Der Reichstag wird aufgelöst, weil er dem politischen Willen des deutschen Volks nicht mehr entspricht.
9. 6. Minister von Gaus kündigt im Reichsrat eine **Reichs- und Verfassungsreform** an. Eigenart und Eigenleben der deutschen Länder sollen erhalten bleiben.
14. 6. **Notverordnung zur Erhaltung der Arbeitsloshilfe** und der **Sozialversicherung**, sowie zur **Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden.** (672 Mill. RM für die Gemeinden, davon 20 Mill. für den freiwilligen Arbeitsdienst, 100 Mill. für Wohnungsbau und Instandsetzung.)
15. 6. **Aufhebung des SA-Verbots.**
16. 6.—7. 7. **Konferenz von Lausanne.** Deutschland fordert **Revision des Versailler Vertrags** und **Beseitigung der diskriminierenden Artikel.** Ende des **Youngplans.** **Schlusstrich unter das Reparationssystem.**
28. 6. **Den Wehroverbänden** wird das **Tragen von Uniformen** wieder gestattet.
13. 7. **Erlaß einer Verordnung**, durch die 150 000 **Jugendlichen** der **Eintritt in den freiwilligen Arbeitsdienst** ermöglicht wird.
20. 7. **Reichsreflexion gegen Preußen.** Die **preussischen Minister** werden von ihren **Ämtern** entbunden. **von Papen** wird zum **Reichskommissar** und **Bracht** zu seinem **Stellvertreter** ernannt. **3 Staatssekretäre, 4 Oberpräsidenten, 6 Regierungspräsidenten, 10 Polizeileiter** werden in den **Ruhestand** versetzt.
23. 7. **Deutschland** macht **seine weitere Mitarbeit** an der **Abstrüßungsaktion** von der **Anerkennung seiner Gleichberechtigung** abhängig.
26. 7. **General von Scheleier** fordert den **Ambau der deutschen Wehrmacht.**
29. 7. **Rundschreiben des Ministers von Gaus** an die **Unterrichtsminister der Länder;** Die **deutsche Jugend** solle von **Lehrern,**

Die „**Köln. Ztg.**“ schreibt, trotzdem Dr. Held eine ähnliche Rede gehalten habe, wie Severing, erscheine ein Einschreiten des Reichs in Bayern nicht rätlich. Aber keinesfalls dürfe die Reichsregierung solche Ausfälle von einem Ministerpräsidenten selbst nicht im Wahlkampf ohne Widerspruch dulden.

Die **Staatsanwaltschaft** hat das **Berliner Bankgeschäft Cifner u. Co.** wegen **Verdachts der Devisenchiebungen** geschlossen.

Der **Devisen- und Spritschieber Weber** in Berlin wurde zu **1 Jahr Gefängnis** und **8000 Mark Geldstrafe**, der **Holländer Trompette** zu **1 Jahr Gefängnis** und **10 000 Mark Geldstrafe**, der **Bankier Freiser** zu **6 Monaten Gefängnis** und **45 000 Mark Geldstrafe** verurteilt.

Die **Wiener Universität** ist am **Donnerstag** wieder **eröffnet** worden.

Die **neue englische Parlamentssession** wird am **22. November** vom **König** **eröffnet**.

Bei den **Gemeindewahlen** in **England** und **Wales** am **1. November** gewann die **Arbeiterpartei** **Sitze** auf **Kosten der Konservativen, der Liberalen** und der **Unabhängigen.**

In der **südamerikanischen Republik Ecuador** ist **Marling Mera** zum **Präsidenten** gewählt worden. Nach einer **Erhebung** sollen **Truppen** in **Riocabamba** sich **erhoben** haben, um die **Diktatur** des **Obersten Carra Alba** herbeizuführen.

die sich wieder als **Vertreter** des **überparteilichen Staats** fühlen, zu echter **Staatsgesinnung** und **Volksverbundenheit** auf der **Grundlage** deutschen **Geistes** und **christlichen Glaubens** erzogen werden.

3. und 4. 8. **Erste preussische Verwaltungsreform:** 60 **Amtsgerichte** und 58 **Landkreise** werden **eingespart.**

9. 8. **Einsetzung von Sondergerichten** gegen den **politischen Terror.** **Politische Tötungen**, im **Juli** nach **86**, ereignen sich von diesem **Tag** an **nur noch vereinzelt.**

11. 8. **Verfassungsrede Gaus:** **Beseitigung** der **Anonymität** der **politischen Verantwortung** und der **Parteiheerschaft.** **Wahlrechtsreform.** **Erste Kammer,** **klare Scheidung** zwischen **Legislative** und **Regierung.**

13. 8. **Hindenburg** lehnt **Hitlers Forderung**, ihm die **gesamte Staatsmacht** zu **übertragen**, ab und **hält** an dem **Grundgedanken** einer **unabhängigen Präsidialregierung** fest.

24. 8. Die **Reichsregierung** vertritt gegenüber **Hitlers Angriffen** anlässlich der **Teuhener Todesurteile** den **Grundgedanken** des **Rechtsstaats** und der **Gleichheit** vor dem **Gesetz.**

28. 8. **Von Papen** entwickelt in seiner **Rede** in **Münster** den **wirtschaftlichen Jahresplan** der **Reichsregierung.**

29. 8. **Reform** des **Rundfunks** im **Einoernehmen** mit den **Ländern.**

31. 8. **Ueberreichung** einer **Note** an **Herriot**, in der **Deutschland** die **gleichen Verteidigungswaffen** fordert, wie sie die **Abstrüßungskonvention** den **anderen Staaten** zuspricht, ferner **Abtunung** der **aktiven Dienstzeit** und **Miliz** für **Grenz- und Küstenschutz.**

2. 9. **Zweite Preussische Verwaltungsreform:** **Neuregelung** der **Zuständigkeit** der **Ober- und Regierungspräsidenten.**

4. 9. **Notverordnung** zur **Behebung** der **Wirtschaft.** **1,5 Milliarden Steueranrechnungsscheine,** **700 Millionen Prämien** zur **Bermehrung** der **Arbeitsgelegenheiten,** **500 Millionen** für **Arbeitsbeschaffung.**

12. 9. **Auflösung** des **Reichstags**, der die **Notverordnungen** des **Reichspräsidenten** aufheben wollte, ohne die **Regierungserklärung** entgegen zu **nehmen** und **andere Maßnahmen** zur **Ueberwindung** der **Krise** an die **Stelle** der **Notverordnungen** zu **legen.**

Regierungserklärung des **Kanzlers** im **Rundfunk:** **Kontingente, Zins- und Steuerentlastung** für die **Landwirtschaft**, gegen **Parteidiktatur** und **Klassenkampf** von **rechts.** „Die **Regierung** erwartet von den **Unternehmern**, daß sie die **ihnen anvertrauten Mittel** gewissenhaft zum **Wohl** des **ganzen Volks** verwalten.“

Es wird ein **Reichsforum** für **Jugendberufshilfe** eingerichtet, das die **Arbeit** der **Jugendverbände** unter den **Schutz** des **Reichs** stellt.

25. 9. **Reichsernährungsminister v. Braun** verkündet in **München** **Maßnahmen** zum **Schutz** der **deutschen Landwirtschaft:** **Zinsentlastung, Vollstreckungsschutz, Kontingente.**

16.—30. 9. **Abnahme** der **Arbeitslosen** um **163 000.**

4. 10. **Neubesetzung** **preussischer Verwaltungs- und Polizeistellen:** **4 Oberpräsidenten, 4 Regierungspräsidenten, 12 Polizeipräsidenten.**

12. 10. **Kanzlerrede** in **München.** **Ankündigung** eines **Reichs- und Verfassungsreformentwurfs**, der dem **neuen Reichstag** vorgelegt werden soll. **Verfassungs- und Gebietsautonomie** für die **süddeutschen Länder.**

15. 10. **Vorstoß** gegen die **französische Vormacht** im **Bölkereisekretariat:** **Deutschland** erhält die **Leitung** der **Finanz- und Wirtschaftsabteilung.**

16. 10. **Deutschland** lehnt es ab, der **durch England** auf **Anregung** **Frankreichs** ausgesprochenen **Einladung** zu einer **Mächtebesprechung** über die **Gleichberechtigung** in **Genf** Folge zu **leisten.**

19. 10. **Kanzlerrede** in **Paderborn** und **Dortmund:** **Erhöhung** der **Sozialrenten;** **Warnung** an das **Ausland:** **Deutschland** kann **nur** seine **Schulden** bezahlen, wenn die **Gläubiger** ihm **Waren** abnehmen.

22. 10. **Zweite Cassidung** für die **Osthilfe:** **Erhöhung** der **Vorauszahlungen** auf **40 Prozent** (240 statt 100 Millionen).

Sanierung der Genossenschaften, Übernahme der Preußenkasse auf das Reich.

24. 10. Kassenrede vor dem Nächtlichen Handwerk: Die Regierung treibt eine ausgesprochene Mittelstandspolitik. Die Bedeutung der Berufsstände für den Neubau des deutschen Volksstaates.

25. 10. Urteil des Staatsgerichtshofs: Die Notverordnung über Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen vom 20. Juli ist rechtskräftig, soweit sie sich auf Art. 48 Abs. 2 gründet. Die gesamte Exekutive bleibt in Händen des Reichskommissars. Die geschäftsführende preussische Regierung Braun behält die Vertretung Preußens im Reichsrat, Staatsrat und Landtag.

28. 10. Minister von Gagli entwirft das Verfassungsprogramm der Reichsregierung: Umbau nicht Neubau. Staatsform bleibt unberührt. Art. 54 soll fallen. Wahlrechtsreform und Erweiterung der Rechte der Länder.

29. 10. Aussprache des Ministerpräsidenten Brauns mit Hindenburg und von Papen über die Vollstreckung des Leipziger Urteils. Keine Einigung. Braun widerspricht der gleichen Tags erlassenen Notverordnung des Reichskommissars zur Vereinfachung der Verwaltung der preussischen Ministerien. Hindenburg erklärt unter Berufung auf die Urteilsbegründung, er werde „bis zur Wiederherstellung geselliger Verhältnisse die staatlichen Machtmittel Preußens und des Reichs in einer Hand behalten und die Politik Preußens und des Reichs in einheitlichen Bahnen führen.“

Verordnung für preuß. Gemeindefinanzverwaltung

Berlin, 2. Nov. Unter Hinweis auf die Tatsache, daß viele Gemeinden nicht so gewirtschaftet haben, wie sie es hätten sollen, hat die kommissarische preussische Staatsregierung auf Grund der Ermächtigung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 eine Verordnung über die Haushaltsführung der Gemeinden erlassen. Danach hat künftig der Gemeindevorstand gegenüber von Beschlüssen der Gemeindegemeinschaften, die neue Ausgaben in sich schließen, das Recht des Widerspruchs, soweit der Haushalt der Gemeinde durch die Beschlüsse gefährdet wird. Der Vorstand kann auch Anträge und Ausprägungen über derartige Anforderungen ablehnen. Solche Anträge sind nicht mehr zulässig, wenn nicht zugleich ausreichende Deckung gesichert ist.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, die Haushaltspläne, Rechnungslegung usw. der öffentlichen Betätigung bekanntzugeben und gegen Erhaltung der Urkunden Abschriften den wahlberechtigten Gemeindeangehörigen auf deren Ersuchen zu überlassen.

Die Rechnungslegung wird in größeren Gemeinden von einem besonderen Rechnungsprüfungsamt, in kleineren Gemeinden durch eine überörtliche Stelle bzw. dem Landrat nachgeprüft.

Die Festsetzung des Haushaltsplans usw. ist im Fall eines Verzagens der Kollegien zunächst dem Gemeindevorstand zu übertragen, und erst wenn auch diese Stelle verlagert, soll die Aufsichtsbehörde eingreifen.

Der gemeindliche Personalbestand soll auf das unerlässliche Maß eingeschränkt werden. Grundlage hierfür werden Stellenpläne sein, die die in der Verwaltung entbehrlich werdende Stellen als künftig wegfallend zu bezeichnen haben. Im Fall ihres Freiwerdens dürfen solche Stellen nicht wieder besetzt werden. Die Durchführung dieser Maßnahmen wird von der Aufsichtsbehörde überwacht, die bei nicht hinreichender Berringerung der Stellenzahl in den Plänen weitere Stellen in der Gemeindeverwaltung als künftig wegfallend bezeichnen kann.

Neue Nachrichten

Falsche Behauptungen

Berlin, 2. Nov. Von einer politisch linksstehenden Korrespondenz wird behauptet, Reichskanzler von Papen habe bei seinem Amtsantritt dem französischen Politiker Graf Vladimir d'Ormesson in Paris angerufen und ihm seine Ernennung mitteilen wollen. In Abwesenheit des Grafen d'Ormesson habe er dessen Tochter gesprochen und sie gebeten, Graf d'Ormesson möge dafür Sorge tragen, daß die Berufung Papens in der französischen Presse günstig aufgenommen werde. Graf d'Ormesson soll dann später gesagt haben: „Herr von Papen Reichskanzler, — das muß ein Irrtum sein!“ — Von zuständiger Stelle wird zu diesen Behauptungen erklärt, daß der Reichskanzler niemals den Grafen d'Ormesson oder dessen Tochter angerufen hat, noch daß er von irgend einer anderen Seite mit dem Grafen d'Ormesson oder dessen Tochter hat telefonieren lassen.

Licht der Ewigkeit

Roman von Erich Kunter.

51. Fortsetzung

Rachdruck verboten.

Ich werde nun meine Tat büßen. Auch ohne Ihr Eingreifen hätte ich mich bald der Polizei gestellt, denn das Leben wird mir mit jedem Tag unerträglicher. Das Gewissen läßt mir keine Ruhe mehr. Versuchen Sie meine Tat als die eines Unglücklichen, Liebeswahnsinnigen zu verstehen, nicht als die eines niedrigen Verbrechers; so darf ich vielleicht auf Ihre Nachsicht und mildere Beurteilung rechnen.

Andermatt hat, ihm eine Abschrift von dem Brief anfertigen zu lassen und die Urchrift zu den Gerichtsakten zu legen.

Der Untersuchungsrichter hielt es für richtig, sofort den Befangenen zu einem neuen Verhör kommen zu lassen und zwar in Gegenwart Bert Brilons und Andermatts. Der erklärte sich mit dem Vorschlag einverstanden.

Kurt Bloch erschien, schwarz und schmal, hohlhändig und eingefallen, ein dunkler, häßlicher Schatten. Aber auch Bert Brilon sah durch die lange Untersuchungsstunde und die anstrengende Arbeit erbarmungswürdig aus. Zwei vom Leben Gezeichnete standen vor dem Untersuchungsrichter.

Der gefangene Mörder hielt den Blick gesenkt und starrte unentwegt in eine Ecke.

„Wollen Sie mir jetzt noch eine Schilderung über die Vorgeschichte und den Verlauf Ihrer Tat geben, die eine Ergänzung bildet zu dem kurzen, bruchstückartigen Geständnis, das Sie mir vorher machten, und auch schriftlich in dem Brief an Herr Julius Andermatt niederlegten.“

Von der kommissarischen preussischen Staatsregierung ist dem Berliner Adhucabendblatt eine Auflagenachricht zugegangen, in der Ausführungen des Blatts über Vorgänge, die mit der Einsetzung des Reichskommissars in Preußen in Verbindung stehen, als in allen wesentlichen Punkten unzutreffend bezeichnet werden.

Zur Frage der Reichsreform

Berlin, 2. November. Zur Frage der Reichsreform wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß über die Behandlung der Reichsreformpläne selbstverständlich keine endgültige Entscheidung im Kabinett gefällt werden wird, ehe nicht die Länderregierungen mit dem größten Fragenkomplex befaßt worden sind. Nachdem im Anschluß daran die Entscheidung des Kabinetts getroffen sein wird, wird eine ordnungsmäßige gesetzliche Erledigung erfolgen.

Landwirtschaftsvertreter beim Reichskanzler

Berlin, 2. Nov. Auf Einladung des Reichskanzlers trugen heute der Fraktionsvorsitzende Dr. v. Winterfeldt und andere Mitglieder der deutschen nationalen Landtagsfraktion dem Reichskanzler nochmals die dringendsten Forderungen zur Sanierung der Landwirtschaft vor. In erster Linie wurde gefordert, die autonomen Kontingente nunmehr sofort in ausreichender Höhe und unter Einbeziehung aller schuldbedürftigen Agrarverhältnisse durchzuführen. Der Reichskanzler sagte zu, daß das Kabinett nach Rückkehr der Kommission aus Dänemark schon am Donnerstag die Kontingentierung, an der unbedingt festgehalten werde, beschließen werde. Der Reichskanzler wies dabei auf seine früheren Reden hin. Er sagte ferner Maßnahmen zur Lastenentlastung zu.

Verhaftungen

Affenheim (Mittelranken), 2. Nov. Wegen des Sprengstoffanschlags auf die Druckerei des Affenheimer Tageblatts sind zwei Nationalsozialisten verhaftet worden.

Rückkehr der Kontingentierungskommission

Berlin, 2. Nov. Die Kontingentierungskommission ist heute aus Kopenhagen zurückgekehrt. Sie wird dem zuständigen Ministerium über die Ergebnisse der Verhandlungen Bericht erstatten. Voraussichtlich wird sich das Kabinett demnächst endgültig mit der Kontingentierungsfrage befassen.

Drei Jahre Zuchthaus wegen Hochverrats

Leipzig, 2. Nov. Der Matrosengefreite Kurt Spital wurde vom Reichsgericht wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Lateinzeit mit verurteilt militärischen Landesverrat zu 3 Jahren Zuchthaus, Entfernungen aus der Marine und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Sondergericht in Allenstein

Altenstein, 2. Nov. Vor dem Sondergericht begann heute ein Prozeß gegen 16 Nationalsozialisten, die angeklagt sind, im August d. J. in Gilsberg und Allenstein Terrorakte verübt zu haben. Die Öffentlichkeit einschließlich der Presse wurde für einen Teil der Verhandlung, der der Klärung der Herkunft der Sprengstoffe dient, ausgeschlossen.

Neue Zusammenstöße in Hamburg

Hamburg, 2. Nov. In der Altstadt wurden heute früh wieder nationalsozialistische Flugblattverteiler von Kommunisten überfallen. 12 Personen wurden verletzt. Ein Nationalsozialist erhielt zwei Armschüsse und einen Bauchschuß. Ein Schlossergefelle, der auf die Nationalsozialisten und auf Polizeibeamte geschossen haben soll, sowie ein Matrose wurden festgenommen. Im Zusammenhang mit diesen blutigen Vorgängen wurden etwa 200 Kommunisten zur Vernehmung auf das Polizeiamt geführt. Sämtliche kommunistischen Lokale, in denen die sogenannten Häuserhufschafften des verbotenen Rotfrontkämpferbunds und der Roten Marine zu verkehren pflegen, wurden durchsucht.

In Altona wurde auf der Hauptkirche eine rote Fahne aufgesteckt. Die Polizei entfernte die Fahne und wurde bei ihrer Arbeit mehrfach belästigt.

Weißer Zähne. Chlorodont

die Zahnpaste die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Neue Schwierigkeiten in Berlin?

Berlin, 2. Nov. Heute mittag fand wieder eine Sitzung des alten preussischen Kabinetts statt, die knapp 2 Stunden dauerte und an der sämtliche Staatsminister mit Ausnahme des Kultusministers Grimme und des Innenministers Seeburg, die sich auf Wählreisen befinden, teilnahmen. Ministerdirektor Dr. Brecht erstattete Bericht über seine Vermittlungsverhandlungen. Eine weitere Stellungnahme wird von der preussischen Staatsregierung zur Stunde abgesehen, doch hat es laut BdZ. den Anschein, als ob die Besprechungen Dr. Brechts bis jetzt keinen für die Staatsregierung befriedigenden Verlauf genommen hätten.

Der Reichsinnenminister auf einer Gustav-Adolf-Kundgebung

Berlin, 2. Nov. Die Gustav-Adolf-Vereine der westlichen Vororte Berlins veranstalteten heute abend in Gemeinschaft mit dem Evangelischen Bund eine große evangelische Kundgebung zur Erinnerung an den 300. Todestag des Schwedenkönigs. Auf dieser Kundgebung hielt Reichsinnenminister Freiherr von Gagli eine Ansprache, in der er nach eingehender Würdigung der großen Verdienste des Gustav-Adolf-Vereins um die evangelische Sache unter Hinweis auf die Persönlichkeit des großen Schwedenkönigs betonte, daß Männer die Geschichte machen, die sich rückhaltlos einsetzen für das als richtig erkannte Ziel bis zum Einsatz ihres Lebens. Das Volk wolle wissen, daß seine führenden Männer jede Stunde bereit sind, sich persönlich einzusetzen und für die Erreichung ihres Ziels mit dem Leben zu zahlen, wenn dieses Ziel keine Erfüllung persönlichen Ehrgeizes, sondern eine große tragende Idee von volkswelter Bedeutung sei. Im Lärm und in der widerlichen Hege und Verdrehung, die heute in unserem öffentlichen Leben herrschen, trete diese Sehnsucht des Volks nach Männern, die sich tatsächlich einsetzen, scheinbar in den Hintergrund, oft zugunsten vollstimmlich redender Demagogen. Dennoch bestehe sie. Es sei gut, ab und zu eine Stunde in unseren erregten, oft von zwecklosem Lärm erfüllten Tagen, der Verehrung wahrhafter Helden zu widmen und dabei Abstand zu gewinnen vom Geschrei des Tags und sich auf das tatsächlich Wesentliche zu bekennen, was nach höherem Ratsbeschluss das Leben der Völker bestimmt. Alle wirklich großen Führer eines Volks oder einer Glaubensgenossenschaft sind Gottes Werkzeug gewesen, gleichviel, ob sie sich dessen bewußt waren oder nicht. Der Minister erklärte weiter, Deutschland trage wohl von allen Völkern dauernd die schwerste Last, weil für unser deutsches Volk zu den sozialen Gegensätzen, die in aller Welt fühlbar sind, noch die Bürde hinzukommt, die uns die bekennnismäßige Trennung auferlegt. Ob wir Katholiken oder Protestanten sind, keiner von uns will und soll seine Glaubensüberzeugung aufgeben. Mit der Tatsache der Trennung haben wir dauernd in Deutschland zu rechnen. Aber wir sind und bleiben deswegen doch ein Volk. Uns verbindet nicht nur das deutsche Blut, die deutsche Sprache und die zwangsläufige Gebundenheit zu einem im mitteleuropäischen Raum stets von allen Seiten angegriffenen Volk, sondern auch das gemeinsame Band christlichen Denkens und Fühlens. Deutschtum und Christentum sind nicht mehr voneinander zu trennen. Wir müssen einen christlichen Staat bilden, wenn wir der seelischen Not unserer Zeit Herr bleiben wollen. In ihm können Protestanten und Katholiken sich finden auf gemeinsamer Grundlage und von ihr aus den gemeinsamen Marsch antreten zum Kampf um die Zukunft unseres Volkes, indem wir uns gemeinsam sagen müssen: „Ich will es vollbringen oder sterben!“

Nach dem Reichsinnenminister sprach Hof- und Domprediger D. Doebering.

Neues von Professor Förster

Paris, 2. November. Das „Echo de Paris“ berichtet über einen Vortrag des berühmten Professors Wilhelm Förster in Paris. Danach hat Förster England und Frankreich angefeindet, endlich eine „scharfe Haltung gegenüber dem schrankenlosen Ehrgeiz des herrschüchtligen Deutschlands“ einzunehmen. Die durch den Versailler Vertrag geschaffene Karte Europas sei die „denkbar gerechteste“. Die Schaffung des polnischen Korridors behindere Deutschland in nichts und sei nur eine „gerechte Wiedergutmachung“ der einstigen Zerstörung Polens.

Welcher Franzose oder Engländer würde so etwas über sein Land sagen! Förster hat sich längst selbst gerichtet. Das Schlimmste ist aber, daß Frankreich von solchen Therapies-Naturen sich sein „Beweismaterial“ gegen Deutschland liefern läßt.

Im Gesicht des Verhafteten zuckte es. Man merkte ihm an, daß er sprechen wollte, aber die Worte kamen nicht über seine Lippen. Der Untersuchungsrichter half ihm durch Fragen.

„Seit wann und woher kannten Sie den getöteten Komponisten Andermatt?“

Ich lernte seine Tochter auf dem Konservatorium in Stuttgart kennen. Ich war ihr nicht unsympathisch und auch ich fand Gefallen an ihr. Ein paarmal nahm sie mich mit in das Haus ihres Vaters in Rogingen. Der Vater, ein guter Musiker und Komponist, war damals schon fast taub und geradezu krankhaft menschenfeind. Er komponierte Opus über Opus, Lieder, Requiems und auch Opernfragmente, ohne jemals den geringsten Versuch zu machen, die Kompositionen an die Öffentlichkeit zu bringen.

„Wollten Sie die Tochter heiraten?“ fragte der Richter, als sich Bloch nach diesen Worten in geistesabwesendes Schweigen verlor.

„Ja“, schredte der Befragte auf. „Vielleicht wäre es zur Ehe zwischen uns gekommen. Aber sie starb schnell und unerwartet an der Lungentuberkulose, demselben Leiden, dem auch ihr Bruder schon einige Jahre vorher zum Opfer gefallen war, und das erbliche Belastung zu sein schien.“

„Sie blieben aber trotzdem noch in Verbindung mit dem Vater?“

„Noch mehr als vorher. Der alte Herr schloß sich nach dem Tode seines zweiten und letzten Kindes fest an mich an und bewies eine rührende Anhänglichkeit. Ich war der einzige Mensch, den er in sein Leben und sein Herz aufgenommen hatte. Ich wußte nicht, daß er jemals mit anderen Menschen in Berührung kam. So war ich fest überzeugt, daß er zu keiner Menschenseele in irgendwelcher Beziehung

stand und daß er vor allem auch keinen Verwandten oder Bekannten hatte, mit denen er korrespondierte.“

„In diesem Punkt irrten Sie sich wohl.“

„Zweifellos. Denn er hat, was mir jetzt zum Verhängnis wurde, mit seinem Stiefbruder in Amerika im Briefwechsel gestanden und ihm Proben aus der Oper zugesandt, die ich ihm später stahl.“

„Was geschah vorher?“

„Ich wurde mit der Brezina anlässlich ihres Gastspiels in Stuttgart bekannt. Sie verwirrte mir die Sinne, ich wurde ihr willenloser Sklave und folgte ihr nach Berlin. Bald merkte ich, daß sie maßlos ehrgeizig war und nur Männer an ihrer Seite duldet, die eine Rolle in der Öffentlichkeit spielten und einen Namen als Künstler hatten. Ich kam nicht mehr von ihr los. Und zu jener Zeit verfiel ich zum erstenmal auf die Idee, mich mit fremden Federn zu schmücken und den Sonderling um die Früchte seines Geistes und seines Genies zu betrügen. Ich hielt mich vier Wochen bei ihm auf und hatte Gelegenheit, die Hauptteile zu seiner Oper „Die Wigbolde“ abzuschreiben. Diese verwendete ich dann zu der unter meinem Verfasseramen und dem abgeänderten Titel „Schwabenstrieche“ uraufgeführten Oper, die eine geteilte Beurteilung erfuhr. Man kritisierte im allgemeinen, daß die Oper einen sehr zwiespältigen Eindruck mache, daß sehr starke musikalische Leistungen neben durch schwachen ständen; alle Kritiker aber waren sich darin einig, daß der Komponist Bloch zu den größten Hoffnungen berechtigte.“

„Diese Hoffnungen erfüllten sich dann nicht?“ fragte der Richter dazwischen.

(Fortsetzung folgt).

Die englischen Abrüstungsvorschläge

London, 2. Nov. Der Sonderauschuss des britischen Kabinetts für die Abrüstung ist mit seinen Beratungen noch nicht zu Ende gekommen. Zu den gestrigen Besprechungen wurden auch Sachverständige zugezogen. Der Ausschuss steht auf dem Standpunkt, das Vorliegen eines (dritten) französischen und des Hoover-Vorschlags sei noch kein Grund, die britischen Vorschläge über die qualitative Abrüstung (gewisser Waffen) zurückzuziehen. Allerdings wäre es besser, Deutschland bald zur Abrüstungskonferenz zurückzubringen, als ihm einen fertigen Plan vorzulegen.

Außenminister Simon wird in nächster Woche in Genf sein. Mac Donald dürfte kaum vor 14 Tagen nach Genf reisen.

„Times“ über Herriots Spanienreise

London, 2. Nov. „Times“ schreibt zur Spanienreise des französischen Ministerpräsidenten: Es ist bekannt, daß einer der Vorschläge, die von der französischen Abordnung in Genf erwogen worden sind, sich auf die Schaffung von Arsenalen internationaler schwerer Waffenarten bezog und daß Spanien als ein Land genannt wurde, auf dessen Gebiet das erste internationale Waffenlager untergebracht werden könnte. Ueberdies schlägt der französische Plan Neutralität im Kriegsfall für jedes Völkerbundsmitglied aus, und Spanien, das zwischen Frankreich und einigen Gebietsteilen Nordafrika liegt, aus denen Frankreich so erhebliche militärische Verstärkungen heranziehen würde im Fall eines „Völkerbunds-Kriegs“ eine ganz neue Bedeutung erlangen. Frankreich und Spanien haben in Nordwestafrika viele gemeinsame Interessen. Die Nachricht, daß der Hauptknoten der balearischen Inseln ausgedagert werden soll, hat große Aufmerksamkeit erregt, besonders deshalb, weil der spanische Minister für öffentliche Arbeiten bei Einbringung der Vorlage in den Cortes offen auf die „militärische Wichtigkeit“ von Minorca hinwies. So wird erklarend bemerkt, die Inseln müßten „gegen jede fühne oder habgierige Unternehmung eines Feindes gesichert werden“.

Weitere Unruhen in London

London, 2. Nov. Im Parlament wurde eine Schrift der Arbeitslosen mit einer Million Unterschriften übergeben, in der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und Aufhebung des Bedürftigkeitsnachweises verlangt wird. Vor dem Parlamentsgesetzgebungsgebäude und an anderen Stellen kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Arbeitslosen griffen die Straßenbahnwagen an, rissen die Schilder ab und versuchten mehrere Wagen umzustürzen.

Zaleski zurückgetreten

Warschau, 2. November. Außenminister Zaleski ist zurückgetreten. Als Nachfolger ist sein bisheriger Mitarbeiter Oberst Beck ausgerufen. — Beck gilt als Vertrauter des Marschalls Pilsudski, dessen langjähriger Adjutant er früher war. Zaleski begleitete das Amt eines Außenministers seit der Machtübernahme durch Marschall Pilsudski im Sommer 1926 und vertrat Polen bei allen internationalen Konferenzen.

Schweres Flugzeugunglück im Speßart

5 Tote

Auf dem Flug von Nürnberg-Fürth nach Frankfurt a. M. verunglückte am Mittwoch mittag gegen 12.50 Uhr das Flugzeug D 724 Typ Junkers J 13 bei Echterspühl in der Nähe von Rohrbrunn im Speßart. 5 Insassen kamen dabei ums Leben. Die Namen der Verunglückten sind: Oberregierungsrat Weidner und Regierungsrat Eichenbach vom Landesfinanzamt München, der kaufmännische Angestellte Richter von der Münchener Flugleitung, der Flugzeugführer Anton Schulz und der Junkermaschinenist Karl Frank. Sachverständige zur Klärung der Gründe des Unfalls sind unterwegs.

Das Flugzeugunglück ist wahrscheinlich auf den Bruch eines Flügels zurückzuführen. Wenigstens fand man diesen Flügel einige hundert Meter von der Stelle entfernt, an der das Flugzeug sich tief in die Erde gebohrt hat. Das Flugzeug ist in dichtem Gehölz abgestürzt. Die Reste einiger Bäume sind bei dem Sturz glatt abgerastert worden. Einer der Geblösten liegt noch unter dem Flugzeug, während drei Insassen in der Nähe des Flugzeugs aufgefunden wurden. Nach dem fünften Verunglückten, der nach Aussage einiger dortigen Bewohner abgesprungen sein soll, wird noch geforscht.

Württemberg

Zum Besuch Held — v. Versner

Stuttgart, 2. November. Gegenüber anderen Berichten glaubt das „Deutsche Volksblatt“ feststellen zu können: Herr v. Versner und Ministerpräsident Held wollten sich am Montag in Stuttgart treffen, um sich über die politischen Ereignisse zu besprechen. Da aber Dr. Held im Auto aus Schweinsfurt kam und bei der platten Straße sehr schlecht vorwärts kam, verzögerte sich seine Ankunft in Stuttgart. Herr von Versner war um diese Zeit schon abgereist, so daß die beiden Herren sich nicht mehr trafen. Herr von Versner benötigte seine Anwesenheit in Stuttgart, um den württ. Staatspräsidenten Dr. Bolz aufzusuchen, weil sich dieser bei der letzten Anwesenheit Versners in Stuttgart — am letzten Freitag — auf einer Wahlreise befand. Der Besuch soll in erster Linie der Vorbereitung des Kanzlerbesuches in Stuttgart gegolten haben. Inwiefern auch politische Fragen besprochen wurden, darüber wird von amtlicher Seite nichts mitgeteilt. Man darf aber annehmen, daß der württ. Staatspräsident bei dieser Gelegenheit aus seiner bekannten Auffassung über die Vorgänge in Preußen kein Hehl gemacht hat. Zwischen dem württ. Staatspräsidenten und dem bayerischen Ministerpräsidenten Held fand nur eine kurze Begegnung statt, da Dr. Bolz alsbald nach Anknüpfung Dr. Helds zu einer Wahlversammlung nach Pforzheim abreisen mußte.

Aus Stuttgart wird der Köln. Zeitung berichtet: Am Montag nachmittag sollte in Stuttgart eine Aussprache zwischen dem Mittelsmann der Reichsregierung bei den süddeutschen Ländern, Freiherrn von Versner, und dem

bayerischen Staatspräsidenten Dr. Held, der zu einer Wahlversammlung nach Stuttgart kam, erfolgen. Zuerst sollte Dr. Held um 2 Uhr nachmittags hier eintreffen. Dann wurde gemeldet, er komme erst um 5 Uhr, und schließlich mußte Freiherr von Versner gegen 7 Uhr abends unverrichteter Dinge von Stuttgart abfahren, weil Dr. Held immer noch nicht da war. Er kam schließlich kurz vor Beginn der Wahlversammlung. Die amtlichen württembergischen Stellen waren schon am Montag vormittag von der beabsichtigten Konferenz unterrichtet. Es sollte zum mindesten eine Zusammenkunft Helds mit Versner, vielleicht aber auch Helds mit Dr. Bolz und Versner erfolgen. Wie man in eingeweihten württembergischen Kreisen nur zu genau weiß, versuchte Freiherr von Versner den bayerischen Staatspräsidenten schon seit einiger Zeit, aber vergeblich, zu einer Aussprache zu bewegen.

Aus der Arbeit der Priv. Württ. Bibelanstalt

Stuttgart, 2. Nov. Am Reformationsfest feiert die Württ. Bibelanstalt wieder ihr Jahresfest. Im Berichtsjahr wurden 239 292 Bibeln, 205 110 Neue Testamente und 147 642 Bibelteile, zusammen 592 044 Exemplare (gegen 604 906 im Vorjahr) verandt. Allerdings waren es vorwiegend die billigsten Ausgaben, die begehrt wurden, was bei der Not der Zeit ja nicht zu verwundern ist. An Anstalten und Vereine, Krankenhäuser, Gefängnisse, an Blinde und bedürftige Einzelpersonen wurde eine große Anzahl von Bibeln und Neuen Testamenten geschenkt, für eine Reihe von württ. Kirchen eine schöne Altarbibel mit der Widmung des Herrn Kirchenpräsidenten gestiftet. Die württ. Traubibel wurde in 10 047 Exemplaren an die Kirchengemeinden unseres Landes zu stark ermäßigtem Preis abgegeben. Des weiteren verbreitete die Anstalt zur Konfirmation 16 405 Neue Testamente. Der sich dadurch ergebende Preisnachschub belief sich auf 53 896 Mk. Die wissenschaftlichen Bibelausgaben (griechische, lateinische Neue Testamente, hebräische Bibel u. a. m.) wurden den Theologiestudierenden unseres Landes zu einem billigen Preis dargeboten. Angesichts der schweren Zeit beschränkte sich die Verlagstätigkeit in der Hauptsache auf den Nachdruck der bereits vorhandenen Bibelausgaben. So erschien die dritte Auflage der Rudolf-Schäfer-Bibel und die zweite des Bibl. Nachschlagewerks. Von der Taschenausgabe der Menge-Bibel wurde die siebente Auflage gedruckt und von der Großdruckausgabe eine sog. Volksbibel zum billigen Preis von 5.— Mk. herausgebracht. Die meisten Bibeln werden jetzt mit einem 16seitigen Land- und Bildkartenmaterial ausgestattet. Um auch denen die Bibel schmackhaft zu machen, die wünschen, daß sie nicht immer in dem dunklen schwarzen Einband dargeboten werde, hat die Bibelanstalt verschiedene Volksausgaben mit farbenfrohen Einbänden versehen, mit denen auch besonders die Jugend erreicht werden soll.

Stuttgart, 2. November.

60jähriges Jubiläum. Am 1. November konnte die Auskunfts- u. Schimmelpfeng auf ihr sechzigjähriges Bestehen zurückblicken.

Nach vier Jahren gefaßt. Einem raffinierten Schwindel, der darin bestand, wertlose russische Inflationsnoten in Deutschland bei Reisebüros, Wechselstuben und Banken als vollwertiges Geld gegen gute Reichsmark einzutauschen, hat jetzt die Stuttgarter Kriminalpolizei mit der Verhaftung eines langgesuchten Verbrechers, des lettlandischen Staatsangehörigen M. Vandmann, ein Ende gemacht. Nach dem Gauner hatte die Polizei vieler deutscher Städte schon vier Jahre gefahndet. Landmann soll in dieser Zeit gemeinsam mit zwei Helfershelfern hunderttausende gefälschter Rubel abgesetzt haben. Ueberall tauchte das falsche Geld auf, am stärksten im Rheintal. In Württemberg machten sie beispielsweise im oberen Donautal von sich reden.

Stuttgart, 2. November.

Stellungnahme der württembergischen Regierung. Das württ. Staatsministerium hat in seiner heutigen Sitzung zu der durch das Vorgehen der Reichsregierung geschaffenen Lage in Preußen Stellung genommen und seinen Gesandten in Berlin mit Botsungen für die zu erwartende Reichsratsversammlung versehen.



Lösen Sie 1 Paket Dr. Thompson's Schwanzpulver in 1/2 Liter kochendem Wasser auf, rühren Sie gut um, und Sie erhalten nach Erkalten 3 Pfd. weiße weiche, reinigungsstarke Seifen-Paste. Schwanzpulver ist das Beste und Billigste für alle Abseifenarbeiten, zum Schrubben und Putzen, zum Einweichen und Vorwaschen besonders schmutziger Wäsche. — Erst recht sparsam ist das neue Doppel-Paket, es kostet nur 44 Pfg.

Dr. Thompson's Schwanzpulver

Zum Bleichen u. Klarspülen der Wäsche Seifen, Paket 14 Pfg. Q. Z. 463

Zwei Selbstmorde. Dienstag vormittag wurde in einem Haus des Honoldwegs eine 20 J. a. Hausgehilfin tot aufgefunden. Es liegt Selbstmord durch Gasvergiftung vor. — In einem Lagerstübchen in der Messtraße verübte ein 73 J. a. Mann Selbstmord durch Erhängen.

Aus dem Lande

Nordhausen O. Brackenheim, 2. Nov. Erbschaft aus Amerika. Die Erbschaft aus Amerika aus dem Nachlaß des Louis Perrot ist vor einigen Wochen eingetroffen und unter die hiesigen Erben verteilt worden.

Unterfischach O. Gaildorf, 2. Nov. Zwei Scheune abgebrannt. In der Scheuer des Landwirts Karl O. brach abends Feuer aus, das in den großen Erntevorräten reiche Nahrung fand und in kurzer Zeit das ganze Anwesen in ein riesiges Flammenmeer hüllte. Bald hatte auch die benachbarte Scheuer des Landwirts Ludwig Horlacher Feuer gefangen und brannte ebenfalls in kurzer Zeit lichterloh. An eine Rettung der beiden Gebäude war nicht mehr zu denken. Außer den reichen Erntevorräten, einigen Maschinen und sonstigen landwirtschaftlichen Geräten sollen auch einige Milchschweine mitverbrannt sein; im übrigen konnte das Vieh in Sicherheit gebracht werden. Die Brandursache ist unbekannt.

Vom unteren Neckar, 2. Nov. 100 000 Zigaretten verbrannt. Auf der Neckarstraße kurz vor Hirschhorn geriet der Anhänger eines Lastkraftwagens einer Dresdner Zigarettenfabrik in Brand. Von den 100 000 Salam-Zigaretten war fast nichts zu retten.

Sindelfingen, 2. Nov. Abwehrmaßnahmen gegen die Getränkesteuer. Die Birte der Stadt Sindelfingen haben am 31. Oktober 1932 beschlossen, ab 1. November 1932 sämtliche Getränke, die der 20prozentigen Getränkesteuer unterliegen, bis auf weiteres in ihren Lokalen nicht mehr zum Ausschank zu bringen. Die Stadt hat darauf die Getränkesteuer auf 10 Prozent ermäßigt.

Reutlingen, 2. Nov. Zwei Ulmer Reichswehroffiziere verunglückt. Heute früh kurz auf der Straße nach Wehingen bei der Kurve der Eisenbahnbrücke ein Kraftstradfahrer und sein Beifahrer. Der Führer erlitt einen Schädelbruch, der Beifahrer eine Beinverstauchung. Beide Verunglückte sind Reichswehroffiziere vom Artillerieregiment 5 aus Ulm. Sie wurden mit dem Sanitätsauto ins hiesige Bezirkskrankenhaus verbracht.

Horb, 2. Nov. Wieder eingefangen. Der Ende April d. J. aus dem Amtsgerichtsgefängnis Rottweil entflozene Einbrecher Max Seifried von Nordstetten wurde dieser Tage bei einem seiner neuerlichen Raubzüge in der Gegend von Nürtingen ertappt und solange festgehalten, bis er verhaftet werden konnte.

Rottweil, 2. Nov. Jäger Tod. Der 75 J. a. Ingenieur Emmerling wurde am Bahnhof hier, als er nach Billingen reisen wollte, vom Schlag gerührt und mit dem Einsatzauto in seine Wohnung verbracht, wo er bald darauf verschied. Mit ihm ist einer der letzten „der alten Beamten“ der Pulverfabrik Rottweil heimgegangen, ein pflanzgetreuer, gewissenhafter Beamter von reichem Wissen und reichen Erfahrungen.

Tübingen O. Tutzingen, 2. November. Todlicher Unglücksfall. Beim Stangenfahren kam der Wagen des 70jährigen Fuhrmanns Chr. Grubler an einer abschüssigen Stelle im Wald in schnellen Lauf. Die Stangen rutschten nach vorn, so daß die Pferde scheuten, wobei Grubler unter den Wagen geriet und geschleift und überfahren wurde. Man fand ihn tot auf dem Weg liegen.

Ulm, 2. Nov. Kleiner Brand in einer Kirche. In der Kriegergedächtniskirche St. Elisabeth (Weststadt) fing an Allerheiligen ein schwarzer Tuchvorhang Feuer und ging in Flammen auf. Die Gefahr war rasch beseitigt.

Lebensmüde. In einem Ulmer Gasthof hat sich gestern ein aus Heidenheim gefommener Hotelgast auf seinem Zimmer durch einen Herzschlag getötet.

Bernstadt O. Ulm, 2. Nov. Ansetzung der Bürgermeistereiwahl. Die letzte Bürgermeisterwahl, bei der Schuhbauer Dürr 161 Stimmen, Zimmermann Walter 153 Stimmen erhielt und ersterer somit zum Bürgermeister gewählt wurde, wird von letzterem angefochten. Die Gründe sind in dem geringen Stimmenunterschied zu suchen.

Neresheim, 2. Nov. Wieder gefunden. Durch die Zeitungsnotizen ist es gelungen, den vermißten Vorsteher des Bahnhofs hier, Franz Nagel, in Dillingen zu ermitteln und seiner Familie wieder zuzuführen. Er steht nun in ärztlicher Behandlung.

Walpershofen O. Vaupheim, 2. Nov. Unfall auf dem Friedhof. Auf seltsame Weise verunglückte Frau Lina Arnold gestern nachmittag auf dem Friedhof. Sie wollte am Grab ihrer Schwiegermutter einen Kranz anbringen. Als sie den Kranz festmachen wollte, fiel der Stein um und schlug ihr das rechte Bein ab. Glücklicherweise waren mehrere Personen auf dem Gottesacker, die ihr die erste Hilfe leisten konnten.

Ankenreute O. Waldsee, 2. Nov. Flugzeugabsturz. Am Sonntag streifte ein Klemmeidelflugzeug (D 1673) des Reichsflugzeugklubs München das Kamin eines hiesigen Hauses und stürzte dann etwa 1 Kilometer südlich von Ankenreute in einen Acker. Das Flugzeug wurde fast vollständig zertrümmert; der Führer, Kaos Nummer, und der Fluggast, Karl Fischer, beide von München, kamen mit geringen Verletzungen davon. Sie wurden ins Krankenhaus verbracht. Das Flugzeug trug Werbeaufschriften für „Sturmzigaretten“. Mit dem Flugzeug hatte der bekannte Flieger Morzid im Jahr 1930 im Europarundflug den ersten Preis errungen. Die Ursache des Unglücksfalls dürfte in dichtem Nebel und starkem Schneegestöber zu suchen sein, das plötzlich eingesetzt hat.

Frauenhof O. Freudenstadt, 2. Nov. Brand. Heute vormittag brannte das Wohn-, Oekonomie- und Werkstattegebäude des Gotthilf Harr hier bis auf die Grundmauern nieder.

Liebenau O. Teitnang, 2. Nov. Werbeagent für die Fremdenlegion. Dieser Tage wollte in der hiesigen Wirtschaft ein Motorradfahrer, der über eine größere Summe Bargelds verfügte. Durch seine Keuferungen machte er sich bei den Anwesenden als Werbeagent für die Fremdenlegion bringend verdächtig. Nachdem dieser zweifelhafteste Gast das Wirtschaftstlokal verlassen hatte, erschienen kurz darauf zwei Kriminalbeamte, die tatsächlich nach einem solchen Element jahndeten. Wie man hört, soll diesem Werbeagenten in letzter Zeit ein junger Mann aus dem Oberland zum Opfer gefallen sein, den dieser auf seinem Motorrad über die Grenze gebracht hat.

Birkenfeld N. Neuenbürg, 2. Nov. Schneegänge. Am Dienstag lag eine große Anzahl Schneegänge, etwa 30 an der Zahl, in südlicher Richtung über unseren Ort. Die Tiere flogen ziemlich hoch und bildeten als Flugform einen förmlichen Bahnflitter. Eine alte Regel sagt: Schneegänge bedeuten einen strengen Winter.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk

Freitag, 4. November:

6.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Voraussicht. 6.55: Wetterbericht, Nachrichten. 7.05-8.00: Schulpflicht. 10.00: Kicker. 11.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht. 11.50: Wetterbericht. 12.00: Konzert. 13.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten. 13.30: Schulpflicht. 14.00-15.00: Englischer Sprachunterricht für Fortgeschrittene. 17.00: Konzert. 18.15: Zeitangabe, Wetterbericht. 18.30: Vortrag: Pflanzen auf Reisen. 18.50: Vortrag: Vom gefunden und gefunden Fuß. 19.15: Landwirtschaftsnachrichten. 19.30: Besprechung. 20.00: Hobelwerk. (Musikische Szenen). 20.30: Konzert. 21.45: „Geheimnis“. 22.30: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, Sportbericht. 22.45-24.00: Zugschluss.

Neuordnung des deutschen Rundfunks

Nach der Neuordnung des Rundfunks, die am 8. November in den Reichsratsausschüssen verabschiedet wird, stellen die Rundfunkgesellschaften ihr Programm selbständig und unter eigener Verantwortung im Rahmen der Richtlinien für die Programmgestaltung auf. Grundsätzliche Programmfragen und solche des Programmaustausches werden von der Reichsrundfunkgesellschaft bearbeitet. Als beratende Organe für den Programmdienst wirken Programmbeiräte mit.

Die Richtlinien für den Programmdienst verpflichten den Rundfunk zur Aufzucht an Volk und Staat, die frei von Parteipartikularitäten und bürokratischem Zwang sein soll.

Alle im Rundfunk tätigen Gesellschaften erhalten die Form der G.m.b.H. Die Anteile an der Reichsrundfunkgesellschaft liegen zu 51 v. H. in Händen der Reichspost, zu 49 v. H. bei den Ländern, in deren Gebiet sich Sender befinden. In den Sendegemeinschaften sind zu 51 v. H. die Reichsrundfunkgesellschaft, zu 49 v. H. die im Sendebereich liegenden Länder nach einem bestimmten Schlüssel beteiligt.

An der Ausübung der Staatsaufsicht sind das Reich (Rundfunkkommissionar des Reichspostministers für Verwaltung und Technik, Rundfunkkommissionar des Reichsministers des Innern für Programmdienst) und die Länder beteiligt. Die Befugnisse der Kommissionare umfassen Fragen der Personalpolitik und des Programmdienstes. Die Kommissionare können einzelne Darbietungen aus politischen Gründen verbieten oder von Änderungen abhängig machen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Zweifacher Totschlag im Freiburger Gefängnis. Wie erst jetzt bekannt wird, hat am Montagabend in einer Gemeinschaftszelle des Landgerichtsgefängnisses in Freiburg i. B. ein Gefangener in einem Totschlagsanfall mit einem harten Gegenstand zwei seiner Mitgefangenen erschlagen und einen dritten schwer verletzt. Die Untersuchung wird noch streng geheim gehalten.

Die Nacht ohne Ausodiebstähle. Was seit Monaten noch nicht vorgekommen ist: Während des ganzen 1. November und der folgenden Nacht ist der Berliner Polizei kein Auto-diebstahl gemeldet worden. Die seit 1. November in Kraft getretene verschärfte Verordnung gegen Auto-diebstähle scheint gleich am ersten Tag ihre abschreckende Wirkung erzielt zu haben.

Neue Erdstöße auf Chalkidike. Auf der griechischen Halbinsel Chalkidike wurde am Dienstagabend um 6.05 Uhr ein außerordentlich heftiger Erdstoß verspürt, der besonders stark in Polignos, Araca, Stagiros, Siratoniki und Hin-rissos war, wo zahlreiche Häuser einstürzten. Die Bevölkerung ist in Schrecken versetzt. Um 6.15 Uhr erfolgte ein zweiter Erdstoß, der auch in Seres, Rados, Kamala und Nizani zu spüren war. Die Behörden bemühen sich, die irrtige Bevölkerung zu beruhigen.

Jahresdiebe. In Ludwigshafen wurde eine fünftöpfige Bande verhaftet, die in den letzten Monaten in Mannheim und Ludwigshafen nicht weniger als 90 Fahrräder gestohlen hat. Davon konnten bis jetzt nur 48 wieder beigebracht werden. Die Käufer, meist unbemittelte Leute, wurden wegen Hehlerei zur Anzeige gebracht.

Todesurteil. Der des Mordes und anderer Verbrechen an einem zehnjährigen Schulmädchen angeklagte Arbeiter Willi Buchheim aus Rinteln wurde vom Schwurgericht Hannover zum Tode verurteilt.

Die Studentenunruhen in Wien. Auch der rumänische Gesandte in Wien hat bei dem österreichischen Außenministerium Beschwerde geführt, daß vier rumänische Handelsstudenten bei den Prügelungen an den Wiener Hochschulen verletzt worden seien.

Einweihung der Pinakothek im Vatikan. Unter Teilnahme der Kurienkardinäle und des Diplomatischen Korps am Heiligen Stuhl wurde am Donnerstag vom Papst die neue vatikanische Pinakothek eingeweiht. In einer Rede sprach der Papst sich sehr bestimmt gegen gewisse Richtungen der modernen Kunst und besonders gegen die sogenannte „Neue kirchliche Kunst“ aus, die es vielfach an Würde und moralischer Auffassung fehlen lasse und die mit dem kanonischen Recht nicht in Übereinstimmung sei.

17 Personen durch eine Granate getötet. In Tschapei, nördlich von Schanghai, wo bekanntlich Anfang dieses Jahres ein langer schwerer Kampf zwischen Chinesen und Japanern ausgefochten wurde, fanden chinesische Kinder in einem Müllhaufen eine nicht geplatzte Granate. Diese explodierte und tötete 17 Personen, 19 andere wurden verletzt.

300 Todesopfer eines Taifuns. Wie die Agentur Indo-Basique aus Saigon meldet, hat der Taifun, der am 15. Oktober über den Anamitischen Küstengegenden niedergelassen ist, 300 Todesopfer gefordert. Der Sachschaden ist ungeheuer.

Handel und Verkehr

Reichsbankausweis vom 31. Oktober

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Oktober 1932 hat sich in der Ultimowoch die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 369,7 auf 3456,6 Mill. RM. erhöht. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 206,1 auf 3620,0 Mill. RM., derjenige an Rentenbank-scheinen um 13,2 auf 407,4 Mill. RM. erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 389,5 Mill. RM. eine Zunahme um 12,6 Mill. RM. Die Goldbestände haben um 20,5 auf 817,3 Mill. RM. zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am Ultimo 26,0 v. H. gegen 27,4 v. H. am 28. Oktober ds. Js.

Berliner Pfundkurs, 2. Nov. 13,98 G., 14,02 Br.

Berliner Dollarkurs, 2. Nov. 4,209 G., 4,217 B.

Di. Abl.-Anl. 51, ohne Ausl. 6,30.

Privatdiskont 3,575 v. H. kurz und lang.

Württ. Silberpreis, 2. Nov. Grundpreis 40 60 RM. d. Ag.

Lombardierung der Steuergutscheine. Die Steuergutscheine sind nunmehr auch zum Lombardverkehr der Reichsbank zugelassen. Die Beleihungsgrenze beträgt bei allen Fälligkeiten 75 Prozent des jeweiligen Börsenwertes.

Weiter gebeeßerte Drahtausfuhr. Der Deutsche Drahtverband teilt mit, daß die Drahtausfuhr, die schon im September sich gebeeßert hatte, im Oktober sich weiter gehoben hat, obgleich die Währungschwankungen gewisser Länder und die Schutzölle des Auslands die Ausfuhr erschwerten. Die Marktlage im Inland blieb unverändert.

Zinseinstufung in Nevada. Der stellv. Gouverneur des Staats Nevada (Ver. Staaten) hat einen Aufschub der Zinszahlungen vom 1. bis 12. November angeordnet. Während dieser Frist sollen die elf Banken des Bankentzugs Winkfield „unorganisiert“ werden.

Reichstagswahl.

Die Wahl findet am

Sonntag den 6. November 1932
von vorm. 9 Uhr bis nachm. 6 Uhr
(in Sprollenhäuser von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 5 Uhr) statt.

Alles Nähere über Abgrenzung der Stimmbezirke, Lage des Abstimmungsraums usw. ist aus dem Anschlag am Rathaus ersichtlich.

Wildbad, den 1. November 1932.

Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Die städt. Mosterei wird am

Samstag, den 5. November 1932
mittags 12 Uhr, geschlossen.

Wildbad, den 1. November 1932.

Stadtpflege.

la. fettes Rübfleisch

Pfd. 56 Pfg.

bei Metzger Ott

Haus- und Vermögensverwaltungen
Private Nachlaßauseinandersetzungen
Vergleiche und aussergerichtl. Arrangements
evtl. mit Kapitalbet.
Grundstücks- und Hypothekvermittlung.
Robert Schüle
Notar-Prakt.
Wildbad
Lalenbergstr. 44.

Seefische in la. Qualität
Schellfisch, Zander
Kabliau, Blaufelchen
Rotzungen, Forellen
Kochen
Grüne Seringe
billigst

Ed. Blumenthal
Telephon 264.

Blitz schnell

sprichtes
sicherum
Trefzger
Möbel im
Sonder
Verkauf
eine ganz
aussergewöhnl.
Einkaufs-
gelegenheit



Süddeutsche Möbel-Industrie
Gebr. Trefzger, Rastatt

Verkaufsstelle Pforzheim
Schlossberg 19

Wie strahlt im Glanze ...

Ihre Wohnung, wenn Sie die Holz- und Linoleumböden mit dem

„Enzolin“ Hartglanz-Bodenwachs einwachsen. Es ist sparsam, wasser- und trittfest und gibt haltbaren Hochglanz.
1/2 Dose RM —.60 1/1 Dose RM 1.— Dop.-Dose RM 1.80

Ka-Pe Konsumwachs
1/2 Dose RM —.40 1/1 Dose RM —.65 Dop.-Dose RM 1.20

Eberhard-Drogerie

Berlora Radfahrer!

auf der Straße von Calmbach nach Wildbad eine

Damen-Armbanduhr.

Der ehrliche Findex wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung in der Tagblatt-Geschäftsstelle abzugeben.

kauft Euere Bereifungen beim Fachmann

Fahrraddecken von Mk. 1.60 an
Schläuche von 70 Pfg. an sowie
sämtliche Ersatzteile billigst

Karl Tubach jr.
Telephon 437.

Es lohnt sich ganz bestimmt

wenn Sie Ihre in der Farbe gelittenen
Herbst- und Wintermäntel usw.
in gangbaren Farben umfärben lassen.

Färberei Wüst, Annahme: Korsettgeschäft Wandpflug.
Nur der Fachmann hat Erfolge

Nicht die Maschine allein, sondern fachmännische Nachbehandlung ist die Hauptsache

